

USA

Explosion der Armut

Not und Armut sind im Wohlstandsstaat USA viel weiter verbreitet als bislang angenommen. Nach neuen Berechnungen leben 46 Millionen Amerikaner unterhalb der Armutsgrenze. Das sind 17 Prozent der Gesamtbevölkerung und 4,3 Prozent mehr, als noch im September von der US-Regierung angegeben. Grund für die drastische Zunahme: Erstmals seit Präsident Lyndon B. Johnson Mitte der sechziger Jahre seinen Feldzug gegen die Armut begann und dazu die Grenze für das Existenzminimum feststellen ließ, wurden die Berechnungsfaktoren den längst veränderten Lebensbedingungen in den Vereinigten Staaten angeglichen. Nach den bisherigen Vorgaben galt ein Jahreseinkommen von 16600 Dollar für eine vierköpfige Familie als ausreichend, einen minimalen Lebensstandard zu garantieren. Tatsächlich, so die Statistiker, müsse die Durchschnittsfamilie dafür heute 19500 Dollar ausgeben. Unabhängige Sozialforscher gehen davon aus, dass sogar noch mehr Amerikaner arm sind. Nach ihren Berechnungen werden 28000 Dollar benötigt, um vier Personen mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Mit der Übernahme von vollständig neu definierten Berechnungsgrundlagen will sich das Weiße Haus allerdings noch „einige Jahre“ Zeit lassen – aus Angst vor einer Debatte ausgerechnet im Wahljahr 2000.



Taiwan

der Kampf beginnt, auf welche Weise und aus welcher Richtung er geführt wird. Taiwan kann sich nur passiv verteidigen.

SPIEGEL: Experten sagen, Sie hätten nicht genug Schiffe, um die Insel zu erobern.

Wang: Das stimmt nicht. Zudem können wir auch mit taktischen Raketen angreifen.

SPIEGEL: Dann wären Ihre Landsleute Ihrer Ansicht nach zwar frei, aber tot.

Wang: Wir würden ja nicht blind angreifen, sondern nur militärische Ziele attackieren.

SPIEGEL: Die Taiwaner suchen bereits Schutz unter einem amerikanischen Raketenabwehrsystem.

Wang: Bis zum Einsatz dieses Systems werden noch einige Jahre vergehen. Außerdem ist bei der geringen Entfernung zwischen dem Festland und Taiwan ein Raketenabwehrsystem nur bedingt wirksam. Es gibt noch viele andere Möglichkeiten des Kampfes.

SPIEGEL: Welche zum Beispiel?

Wang: Eine Seeblockade oder eine schrittweise Eroberung, die mit der Einnahme der vorgelagerten Inseln beginnt. Hinzu kommen moderne Kampfformen wie ein Handels-, Finanz-, Internet- und Elektronikrieg. Wir wollen auf jeden Fall die Verluste der Bevölkerung soweit wie möglich vermeiden.

SPIEGEL: Müssen Sie nicht ein Eingreifen der Amerikaner fürchten, falls es zu einem konventionellen Krieg kommt?

Wang: Wir haben keine Angst. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Amerikaner sich einschalten werden. Aber ihr Engagement dürfte sich in Grenzen halten, denn sie wollen nicht endgültig mit China brechen.

SPIEGEL: Sind Sie jemals auf die Idee gekommen, dass die Bewohner Taiwans nicht mit Ihnen wiedervereinigt werden wollen?

Wang: Es ist möglich, dass ein großer Teil der Bevölkerung auf Taiwan unser politisches System nicht mag. Doch Deng Xiaoping hat das Problem mit der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ schon gelöst. Nach dem Völkerrecht ist die Volksrepublik China die einzige legitime Regierung Chinas.

FRANKREICH

Schwarze Kassen für Afrika

In der Schmiergeldaffäre des Ölriesen Elf Aquitaine müssen Pariser Politiker jetzt mit peinlichen Enthüllungen rechnen. Der ehemalige Afrika-Chef des Unternehmens, der Korse André Tarallo, 72, hatte in einem Interview mit „Le Monde“ geschildert, wie afrikanische Staatschefs von dem vornehm „parallele Bonusse“ genannten Bestechungssystem profitieren konnten. Nun steht zu befürchten, dass bekannt wird, ob die Empfänger sich ihrerseits erkenntlich zeigten und den Pariser Gönnern mit Zuwendungen gefällig waren. Von 1997 bis 1999 waren mehr als 600 Millionen Francs (rund 180 Millionen Mark) über drei Schweizer Konten Tarallos gelaufen. Das Geld diente dazu, afrikanische Staatschefs zu schmieren, um leichter



Präsident Chirac, Amtskollege Bongo

an Bohrkonzessionen heranzukommen. Wichtigster Empfänger war anscheinend der Präsident von Gabun, Omar Bongo. Die Erdölgesellschaft mit den schwarzen Kassen war seinerzeit Staatseigentum und diente auch dazu, die Interessen der früheren Kolonialmacht Frankreich in Westafrika zu verteidigen. Es wäre nicht das erste Mal, dass Gabon aus Afrika französische Politiker kompromittieren. So wurde der damalige Staatspräsident Giscard d'Estaing wohl auch deshalb nicht wieder gewählt, weil Diamanten-Geschenke des zentralafrikanischen Staatschefs Bokassa bekannt geworden waren. In einer Liste über die gravierendsten Fälle internationaler Korruption, die vorige Woche veröffentlicht wurde, nimmt Frankreich unter den westeuropäischen Ländern sowohl bei aktiver als auch bei passiver Bestechung einen Spitzenplatz ein. Überdies hat Frankreich die Anti-Korruptions-Konvention der OECD nicht ratifiziert.